



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Siemens, Hermann Werner: Bevölkerungspolitik oder Geburtenpolitik?

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Bevölkerungspolitik oder Geburtenpolitik?

Von Dr. Hermann Werner Siemens



Der bekannte Rassenhygieniker Geza von Goffmann hat vor nicht allzu langer Zeit den Ausspruch getan, daß unter dem Namen „Bevölkerungspolitik“ alle möglichen Teilgebiete der Rassenhygiene\*) systemlos durchwühlt würden. In der Tat ist es allmählich dahin gekommen, sämtliche öffentlichen Bestrebungen, die überhaupt irgendwie sich auf die Bevölkerung beziehen lassen, als „bevölkerungspolitisch“ zu bezeichnen. Ob man für Siedlungspolitik oder für Pflege der schulentlassenen Jugend, ob man für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten oder für Einrichtung von Jugendbüchereien, ob man für Beschaffung gesunder Nahrungsmittel oder für Vertiefung der religiösen Erziehung eintritt: immer treibt man „Bevölkerungspolitik“ und fühlt sich stolz als „Bevölkerungspolitiker“; denn seit ein Vertreter des preußischen Ministeriums des Innern die Bevölkerungsfrage als die Frage des Jahrhunderts bezeichnet hat, ist ja die „Bevölkerungspolitik“ für alle Zwecke eine schöne zeitgemäße Empfehlung.

Unter diesen Umständen mußte es natürlich mit der Zeit dahin kommen, daß der Begriff Bevölkerungspolitik alles und gar nichts mehr besagt. Jede Frage des öffentlichen Lebens kann letzten Endes irgendwie auf die Bevölkerung bezogen werden, und so ist die Bevölkerungspolitik schon nahezu ein Synonym für Politik überhaupt geworden. Wenn man sagt, wir brauchten in dem künftigen Friedensschluß neues Land, so kann man das „bevölkerungspolitisch“ damit begründen, daß in den neu erworbenen Landstrichen vielen deutschen Bauernfamilien Existenzmöglichkeit gegeben ist; wenn man sagt, wir brauchten eine Kriegsschädigung, so kann man „bevölkerungspolitische“ Gründe dafür ins Feld führen, weil durch eine Kriegsschädigung unsere Wirtschaftslage gehoben und dadurch die Aufzucht einer zahlreichen Kinderchar erleichtert würde. In ähnlicher Weise kann man auch die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften oder ihre Aufhebung, und die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Preußen oder die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechtes je nach dem politischen Standpunkt als „bevölkerungspolitische“ Forderungen bezeichnen, und so bleibt von der ganzen „Bevölkerungspolitik“ schließlich nichts weiter übrig als ein neues Schlagwort, gut geeignet für jedermann, um seinen jeweiligen Zielen eine gern gesehene, der Zeitzeit gemäße Aufschrift zu geben.

Das ist nicht immer so gewesen. Als das Wort Bevölkerungspolitik entstand, verband man damit einen ganz bestimmten Sinn. Denn die Bevölkerungspolitik verdankte ursprünglich ihr Dasein der ersten Sorge, die immer weitere Kreise unseres Volkes angeht: des unaufhaltsam fortschreitenden Geburtenrückganges ergriff. Ursprünglich war also die Bevölkerungspolitik ein zusammenfassendes Wort für die praktischen Mittel, die der Bekämpfung des Geburtenrückganges dienen. Nun wird heutzutage mancherlei als Mittel gegen den Geburtenrückgang empfohlen. Wir müssen deshalb, wenn wir den Charakter der Bevölkerungspolitik erkennen wollen, uns die Frage vorlegen, worauf es bei der Bekämpfung des Geburtenrückganges eigentlich ankommt.

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns einmal grundsätzlich klar machen, was der „Geburtenrückgang“ eigentlich ist. Seinem Wesen nach besteht nun der Geburtenrückgang ganz kurz gesagt darin, daß eben die Zahl der Geburten zurückgeht; das sagt ja schon das Wort. Als praktische Mittel gegen den Geburtenrückgang können daher — ganz allgemein und grundsätzlich ausgedrückt — nur solche Maßnahmen in Betracht kommen, die geeignet erscheinen, den Rückgang

\*) Die Rassenhygiene (Ploetz) ist die Lehre von den Erhaltungs- und Entwicklungsbedingungen der Rasse, d. h. des dauernd fortlebenden Volkstörpers.

der Geburtenzahl aufzuhalten, positiv ausgedrückt: die Zahl der Geburten in unserem Volke zu vermehren. Dies und nichts anderes war der ursprüngliche Sinn der „Bevölkerungspolitik“; und nur eine solche Bevölkerungspolitik, d. h. eine Bevölkerungspolitik, die eine Vermehrung der Geburtenzahl anstrebt, kann geeignet erscheinen, unser Volk vor dem Massenelbstmord des Geburtenrückganges zu behüten.

Nun kann man allerdings sagen, daß es auf die Geburtenzahl an sich eigentlich gar nicht ankomme, sondern auf den Geburtenüberschuß, und daß dieser ebensogut durch eine Verminderung der Sterblichkeit wie durch eine Vermehrung der Geburten erreicht werden könne. Eine derartige Ausdrucksweise würde aber, trotzdem sie theoretisch nicht unrichtig ist, zu einer gänzlich schiefen Auffassung der tatsächlichen Verhältnisse führen. Sie würde dazu verleiten, den fortschreitenden Charakter des Geburtenrückganges zu übersehen. In diesem fortschreitenden Charakter liegt es aber begründet, daß eine weitere Verminderung der Sterblichkeit den eigentlichen Geburtenrückgang zwar noch eine Weile vertuschen aber niemals das dauernde Anwachsen der Gefahr, die der Geburtenrückgang bedingt, aufhalten könnte. Durch solche Vertuschung würden also wohl oberflächliche Köpfe eine Zeitlang beruhigt werden, das eigentliche Verhängnis müßte aber, sobald die Verminderung der Sterblichkeit ihre natürliche Grenze erreicht hat, nur um so katastrophaler zum Ausbruch kommen. Selbstverständlich muß auch weiterhin alles, was möglich ist, getan werden, um die Sterblichkeitsverhältnisse unseres Volkes möglichst günstig zu gestalten. Aber es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung zu glauben, daß man damit das Fortschreiten des Geburtenrückganges verhindern könnte. Seit Jahrzehnten hat ja bei uns die Sterblichkeit in überraschender Weise abgenommen. Ist aber denn nicht trotzdem der Geburtenrückgang unaufhaltsam fortgeschritten, ja, hat er nicht trotzdem eine Höhe erreicht, die schon die weitesten Kreise mit Sorge um die Zukunft unseres Volkes erfüllt?

In einem Geschäftsbetrieb würde es gegen eine fortschreitende, auf den Nullpunkt zusteuernde Verminderung des Umsatzes nur ein Heilmittel geben: die Vermehrung des Umsatzes. Ebenso kann es gegen eine fortschreitende Verminderung der Geburten nur ein Heilmittel geben: die Vermehrung der Geburten. Insofern die Bevölkerungspolitik ursprünglich zur Bekämpfung des Geburtenrückganges begründet worden ist, war sie deshalb eine Politik der Vermehrung der Geburten. Sie konnte nichts anderes sein. Was aber hat man unterdessen alles unter den Begriff der Bevölkerungspolitik zusammengeworfen und in ihn hineingepfropft! Ich möchte ganz absehen von „bevölkerungspolitischen“ Bestrebungen, den Dienstmädchen freie Zeit zur Erledigung ihrer Korrespondenz einzuräumen, billige Brunnenanlagen zu schaffen, und von ähnlichen Vorschlägen, wie sie tatsächlich von bevölkerungspolitischer Seite gemacht worden sind, und ich möchte nur als noch verhältnismäßig vernünftiges Beispiel auf die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hinweisen. Natürlich ist die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit eine „bevölkerungs“politische Angelegenheit, denn die Säuglinge sind unbestreitbar ein Teil unserer Bevölkerung; aber mit dem ursprünglichen Sinn der Bevölkerungspolitik hat die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit nichts zu tun. Das Fortschreiten des Geburtenrückganges beruht nicht darauf, daß immer mehr Säuglinge sterben, sondern daß immer weniger geboren werden. Die Säuglingssterblichkeit steht sogar in einem notwendigen parallelen Verhältnis zur Geburtenzahl: je höher die Geburtenzahl einer Bevölkerung ist, desto größer muß auch ihre Säuglingssterblichkeit werden, weil die höheren Geburtennummern erfahrungsgemäß eine größere Sterblichkeit haben. Umgekehrt ist die Verminderung unserer Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahrzehnten zu einem guten Teil gerade dem Geburtenrückgang zu verdanken.

Bekanntlich ist nämlich aus sozialen Gründen die Säuglingssterblichkeit bei den ersten Kindern am geringsten und nimmt dann mit steigender Geburtennummer zu. Der Geburtenrückgang mit seinem Ein- und Zweifindersystem läßt nun die

hohen Geburtennummern mit ihrer größeren Sterblichkeit ausfallen. So betragen in Berlin von den ehelichen Kindern

die Erstgeborenen	1880	bis 18%	aller Kinder
	1906	aber 33%	" "
die 4. bis 6. Geborenen	1880	32%	" "
	1906	nur noch 20%	" "

Demnach ist der Geburtenrückgang selbst mit eine Ursache der Verminderung unserer Säuglingssterblichkeit.

Man kann also nur durch einen unmittelbaren Verstoß gegen die Logik in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ein Mittel gegen den fortschreitenden Rückgang der Geburten erblicken. Solange man in der „Bevölkerungspolitik“ eine Politik der Bekämpfung des Geburtenrückgangs, also eine Politik der Geburtenvermehrung sah, war also die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, so erstrebenswert sie sonst sein mag, durchaus keine Forderung der Bevölkerungspolitik.

Aber es liegt wohl in dem Ausdruck „Bevölkerungspolitik“ selbst begründet, daß der durch ihn begrenzte Begriff allmählich immer verwaschener werden mußte. Es würde deshalb ein zweckloses Beginnen sein, wenn man den Begriff der Bevölkerungspolitik in seine ursprünglichen Grenzen zurückverweisen wollte. Um so notwendiger aber erscheint es uns, das, was die Bevölkerungspolitik ehemals eigentlich leisten wollte und was nun immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, in einen klaren Ausdruck zusammenzufassen. Wenn wir die Lebensgefahr erkannt haben, die unserem Volke durch den Geburtenrückgang droht, und wenn wir es für notwendig halten, gegen diese ernsteste Bedrohung alle guten Mächte aufzurufen, so wollen wir unsere Blicke auf den Kernpunkt der Frage richten und unsere Bestrebungen als solche zur Hebung der Geburtenzahl, also als geburtenpolitische Bestrebungen bezeichnen. Ich habe mich schon seit Jahr und Tag bemüht, den charakterlosen und abgegriffenen Ausdruck „Bevölkerungspolitik“ durch das unmißverständliche Wort „Geburtenpolitik“ zu ersetzen.\* Denn vor allen Dingen muß man sich doch klar darüber sein, was man will. Will man ganz allgemein und auf alle möglichen Weisen günstig auf die Bevölkerung einwirken, so kann man mit Recht von Bevölkerungspolitik sprechen; man soll aber nicht dabei vergessen, daß es gefährlich ist, zwölferlei auf einmal zu wollen. Will man andererseits den Geburtenrückgang bekämpfen, das heißt die Verminderung der Geburten aufhalten und in eine Vermehrung umwandeln, so kann nur die Geburtenpolitik die Fahne sein, unter der man sich zur Rettung des bedrängten Vaterlandes zu sammeln hat.

Die Geburtenpolitik ist also der gegebene Begriff, um alle Mittel, die sich zielbewußt gegen den Geburtenrückgang wenden, zusammenzufassen. Die Geburtenpolitik strebt danach, die fortschreitende, einer Katastrophe zutreibende Verminderung der ehelichen Geburten aufzuhalten, sie strebt danach, die eheliche Geburtenzahl zu vermehren. Bei dem Geburtenrückgang handelt es sich aber nicht nur um die Bedrohung unserer Volkszahl (Quantität), sondern auch um die Gefährdung der guten durchschnittlichen Beschaffenheit (Qualität) unseres Volkes. Denn die Geburtenverhütung, die die Ursache des Geburtenrückganges ist, wird bekanntlich viel tatkräftiger und erfolgreicher von solchen Bevölkerungskreisen betrieben, die im allgemeinen eine überdurchschnittliche Tüchtigkeit aufweisen, als von solchen, die nur eine sehr geringe Zahl besonders tüchtiger Erbstämme enthalten. (Näheres darüber findet man in meiner oben erwähnten Broschüre.) Man hat deshalb eine quantitative Bevölkerungspolitik von einer qualitativen unterschieden, will heißen: eine quantitative Geburtenpolitik von einer qualitativen. Eine rein quantitative Geburtenpolitik kann natürlich nicht unser eigentliches Ziel sein; denn Menschen wird es immer geben; das, worauf es ankommt, ist, daß die Menschen

\*) G. W. Siemens, „Deutsche Geburtenpolitik“, in „Deutsche Politik“. Weimar 1916. Jahrg. 1, Heft 44. G. W. Siemens, „Die biologischen Grundlagen der Rassenhygiene und der Bevölkerungspolitik“. München 1917. Mit 8 Abbildungen (80 S.). Preis 1.80 Mk.

auch unserer oder höherer Art sein werden. Es liegt deshalb die Verführung nahe, der qualitativen Geburtenpolitik das Wort zu reden. Aber auch das hat viel Verwirrung gestiftet. Denn unklare Köpfe waren schnell bereit, daraus die Forderung abzuleiten, daß man nur wenig Kinder in die Welt setzen und diesen wenigen dafür eine möglichst üppige, möglichst gute Erziehung zuteil werden lassen soll. Daß bei einer solchen Wirtschaft „gut“ erzogener Einkinder unser Volk nicht würde bestehen können, bedarf keines Beweises. Das Problem der Qualität ist zudem bei der Geburtenpolitik viel weniger ein Problem der Erziehung als ein solches der Erbanlagen. Insofern ist hier aber das Problem der Qualität gerade ein solches der Zahl. Darauf kommt es letzten Endes nämlich an, daß diejenigen Menschen, die ihren Erbwerten nach über dem Durchschnitt stehen, einen zahlenmäßig größeren Nachwuchs stellen als die unterdurchschnittlich Befähigten. Weder die quantitative noch die qualitative Geburtenpolitik kann daher unser letztes Ziel sein. Die Zahl der qualitativ Guten ist es vielmehr, also die Fruchtbarkeit der Tüchtigen, auf die allein alles ankommt. Eine Geburtenpolitik wird deshalb nur dann den Namen einer rassenhygienischen Geburtenpolitik verdienen, den Namen also einer Geburtenpolitik, die die Erhaltungsbedingungen des dauernd fortlebenden Volkskörpers zur Richtschnur nimmt, wenn sie sich bemüht, die Fruchtbarkeit vornehmlich solcher Bevölkerungsgruppen zu vermehren, deren durchschnittliche erbliche Leistungsfähigkeit über dem Gesamtdurchschnitt des Volkes liegt. Dieses rassenhygienische Programm ist schon vor Jahrzehnten von Francis Galton, Darwins genialem Vetter, aufgestellt worden.

Daß eine solche rassenhygienische Geburtenpolitik möglich ist, sobald die maßgebenden Stellen ihre Notwendigkeit erkannt haben, ist gewiß. Ihre praktischen Mittel würden einerseits in einer moralischen Beeinflussung der Bevölkerung bestehen, um die massenjuggestive Kraft der Geburtenverhütung zu brechen, andererseits in wirtschaftlichen Maßnahmen. Hier muß man besonders eine tiefgreifende Berücksichtigung des Familienstandes bei der Veranlagung zur Einkommensteuer und bei der Beamtenbesoldung fordern, sodann eine in gleicher Richtung liegende Änderung unseres Erbrechtes und schließlich eine geburtenpolitische Siedlungspolitik, das heißt eine Siedlungspolitik, bei der, wie es Fritz Venz und Max von Gruber vorgeschlagen haben, das dauernde Innehaben und die Erblichkeit der Siedlungen an die Bedingung geknüpft ist, daß der Siedlungsinhaber eine noch näher zu bestimmende, die Erhaltung der Familie gewährleistende Kinderzahl aufgezogen hat.

Versuche zur Durchführung derartiger Reformen werden ohne Zweifel kommen, ja, sie sind schon auf dem Marsche, denn das „Kinderprivileg“ bei der Einkommensteuer und die Familienzulagen bei vielen Beamten sind bereits zaghafte Ansätze dazu. Aufgabe der Geburtenpolitiker ist es nun, dafür Sorge zu tragen, daß man bei diesen Anfängen nicht stehen bleibt, die Gewissen zu schärfen, damit der zögernd begonnene Weg rüftig weiter beschritten wird. Dieser Aufgabe wird aber nur gewachsen sein, wer sich völlig klar ist über das eigentliche Ziel. Man darf nicht mit allen möglichen schönen Nebensachen Zeit und Kräfte verzetteln, sondern muß direkt auf die Bekämpfung des Geburtenrückgangs losmarschieren. Bevölkerungspolitische Schriftsteller und bevölkerungspolitische Ziele anstrebende Vereinigungen werden genau in dem Maße wirklichen Segen für unser Volk erwirken können, als sie sich auf ihre ursprüngliche Bestimmung besinnen, in dem Maße also, in dem sie sich von „bevölkerungspolitischen“ Schriftstellern und „bevölkerungspolitischen“ Gesellschaften zu geburtenpolitischen hindurchmausern. Es ist hohe Zeit, daß diese Häutung erfolgt, denn die alte Haut ist in dem Trübel der letzten Jahre arg verstaubt; von ihrer ursprünglichen Farbe, welche „Bekämpfung des Geburtenrückgangs“ hieß, ist nicht mehr viel zu sehen. Die trostlose Zerspaltung und oberflächliche Alleswollerei der neuesten Bevölkerungspolitik muß ein Ende haben. Lasset uns deshalb für alle Kräfte, die sich zur Bekämpfung des todverheißenden Geburtenrückgangs regen, unter dem Zeichen der Geburtenpolitik zum Sammeln blasen! Freilich, wenn man nicht

weiß, was man will, so soll man nur „fortwurfeln“ und seine Finger überall hineinstecken. Weiß man aber, worauf es ankommt, weiß man, daß der Geburtenrückgang die große Not war, die uns „Bevölkerungspolitiker“ zur Abwehr ausgerüstet hat, so muß man auch den Mut finden, das Ziel fest ins Auge zu fassen. Schriftsteller und Gesellschaften, die „Bevölkerungspolitik“ betreiben, haben wir genug; wir brauchen jetzt vor allem Männer und Vereinigungen, die unbeirrt das Ziel verfolgen, mit der verheerend über unser Volk hereingebrochenen Flut der Geburtenverminderung fertig zu werden. Denn entweder wir werden des Geburtenrückgangs Herr — oder wir gehen zugrunde. Tertium non datur.

Sagen wir also furchtlos und ohne die üblichen „bevölkerungspolitischen“ Klauen, was not tut: not tut uns die Bekämpfung des deutschen Geburtenrückgangs, not tut uns — deutsche Geburtenpolitik.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Soll Herr von Kühlmann zurücktreten? Die nationalen Parteien des Reichstags haben das Anathema über den Staatssekretär des Außern gesprochen. Nicht erst nach seiner Rede vom 24. Juni! Schon lange gilt er ihnen als durchaus ungeeignet, des Deutschen Reiches auswärtige Angelegenheiten zu leiten. Seine Ausführungen am Montag haben das volle Faß des Unwillens zum Überlaufen gebracht. Nicht eigentlich ihr Inhalt, sondern mehr die Form, die Kühle und müde Resignation, mit der die Dinge vorgetragen wurden, die von Sein oder Nichtsein der ganzen Nation handeln, haben die Verstimmung aufs höchste gesteigert. Seine Freunde suchen ihn damit zu entschuldigen, daß er angegriffen und müde war. Er war es tatsächlich in dem Maße, daß er den Maßstab dafür verloren hatte, was er vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt sagen durfte. Seine Rede wäre hingegangen für eine vertrauliche Sitzung des Ausschusses, — für die öffentliche Sitzung des Reichstags war sie unmöglich.

Wir geben also das Auftreten des Staatssekretärs am 24. und 25. Juni preis. Dennoch kommen wir zu ganz anderen Forderungen wie unsere Freunde von rechts; wir finden, daß die Kritik an Herrn von Kühlmanns Rede sich vom Standpunkte der Parteien aus taktisch nicht rechtfertigen läßt. Es geht doch, wie jeder weiß, nicht in erster Linie um die Person des Herrn von Kühlmann, sondern

um das Erbe Bethmann Hollwegs im Auswärtigen Amt. Dies Erbe muß erst verwirtschaftet werden, und wir sind im Begriff es zu verwirtschaften durch die großen Siege im Westen. Diese Siege sind es auch, die schließlich die innere Situation in Berlin klären werden, nicht aber ein Personenwechsel zu dieser Stunde. Daher raten wir entschieden davon ab, die Situation im Innern durch einen Personenwechsel retten zu wollen. Sie ist dadurch nicht zu retten, sie wäre nur noch zu verschärfen, und wenn man selbst den Fürsten Bülow oder einen berühmten General auf den Schild erheben wollte. Jeder Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wäre mit zwei Erbschaften belastet: mit dem außenpolitischen Erbe Bethmann Hollwegs und dem veralteten Apparat, der sich Auswärtiges Amt nennt; als Drittes könnte man dazu noch die Ungebuld der Linksparteien rechnen. Das außenpolitische Erbe Bethmann Hollwegs kann nur die Armee draußen ummodelln, nicht etwa umstoßen; zu vieles ist vorentschieden, und das Grundsätzliche über die künftigen Beziehungen der Völker untereinander ist Notwendigkeit. Allein auf die Macht gestützt läßt sich kein Welthandel treiben; dazu gehört auch der gute Wille der anderen; diesen freilich müssen wir noch erzwingen mit militärischen und diplomatischen Mitteln. — Eine tief einschneidende Reform des Auswärtigen Dienstes dem amtierenden Staatssekretär in